

PRÄSIDENTENKONFERENZ DER LANDWIRTSCHAFTSKAMMERN ÖSTERREICHS

Wien I, Löwelstraße 12

Postfach 124 1014 Wien

Telefon 63 07 41, 63 77 31 Fernschreiber 07/5451

A. Z.: S - 684/Sch

Es wird ersucht, bei Antwortschreiben das Aktenzeichen anzugeben.

Betreff:

Zum Schreiben vom

A. Z.:

Wien, am 10. Juli 1984

An das
Präsidium des Nationalrates

Parlament
1010 Wien

Betrifft GESETZENTWURF	
Zl. 34	-GE/19.84
Datum: 13. JULI 1984	
Verteilt 1984 -07-23	

St. Hajek

Betreff: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Bundesgesetz, BGBl.Nr. 638/1982 geändert wird (Verlängerung der Geltungsdauer der §§ 39a und 39b des Arbeitsmarktförderungsgesetzes)

Die Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs beehrt sich, dem Präsidium des Nationalrates die beiliegenden 25 Abschriften ihrer Stellungnahme zum Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Bundesgesetz, BGBl.Nr. 638/1982 geändert wird (Verlängerung der Geltungsdauer der §§ 39a und 39b des Arbeitsmarktförderungsgesetzes) mit der Bitte um Kenntnissnahme zu überreichen.

Für den Generalsekretär:

25 Beilagen

J. Schuster

ABDRUCK

**PRÄSIDENTENKONFERENZ
DER LANDWIRTSCHAFTSKAMMERN
ÖSTERREICHS**

Wien, am **10. Juli 1984**
Wien I, Löwelstraße 12, Postfach 124 - 1014 Wien
Telefon 63 07 41, 63 77 31, Fernschreiber 13 5451

A.Z.: S - 684/Sch

Zum Schreiben vom 26. Mai 1984

Zur Zahl 34.401/3-2/84

An das
Bundesministerium für soziale Verwaltung
Stubenring 1
1010 Wien

Betreff: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Bundesgesetz,
BGBl.Nr. 638/1982 geändert wird (Verlängerung der
Geltungsdauer der §§ 39a und 39b des Arbeitsmarkt-
förderungsgesetzes)

Die Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs nimmt zum vorgelegten Gesetzentwurf betreffend Verlängerung der Geltungsdauer der §§ 39a und 39b des Arbeitsmarktförderungsgesetzes in Form einer Änderung des Bundesgesetzes, BGBl.Nr. 638/1982, wie folgt Stellung:

Im Hinblick auf den Umstand, daß die Situation auf dem Arbeitsmarkt voraussichtlich auch in nächster Zeit angespannt bleiben wird, erhebt die Präsidentenkonferenz gegen die Verlängerung des arbeitsmarktpolitischen Instrumentariums der §§ 39a und 39b Arbeitsmarktförderungsgesetz, das durch das Bundesgesetz, BGBl.Nr. 638/1982, eingeführt und mit Ende 1984 befristet wurde, um drei Jahre bis zum 31. Dezember 1987 keinen Einwand. Für die Verlängerung der vor zwei Jahren auf Grund eines Initiativantrages eingeführten Regelung spricht der Umstand, daß es sich auch um die Förderung von Betrieben handelt, die wegen ihrer regionalpolitischen Bedeutung weit über den arbeitsmarktpolitischen Aspekt hinaus von besonderem gesamtwirtschaftlichen Gewicht sind.

Nachdem der konjunkturpolitische Zweck des Gesetzes erreicht ist und für eine Gesetzesverlängerung als Motiv wegfällt, bleibt die Zielsetzung einer Umstrukturierung von Betrieben im Sinne der aktuellen Erfordernisse des Weltmarktes. Deshalb sollte Vorsorge

- 2 -

getroffen werden, daß die Strukturanpassung mit diesen arbeitsmarktpolitischen Förderungsmaßnahmen gefördert wird. Zu diesem Zweck schlägt die Präsidentenkonferenz die Einschaltung des Beirates für Arbeitsmarktpolitik in diesem Zusammenhang vor. Durch eine Ergänzung des § 39b Abs. 3 sollte bestimmt werden, daß der Bundesminister für soziale Verwaltung im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen "nach Anhörung des Beirates für Arbeitsmarktpolitik " über die Gewährung der Beihilfe, über deren Art und deren Höhe zu befinden hat.

25 Abschriften dieser Stellungnahme werden wunschgemäß gleichzeitig dem Präsidium des Nationalrates zugeleitet.

Der Präsident:
gez. ÖkR. Dr. Lehner

Der Generalsekretär:
gez. Dr. Korb

